

Positionspapier der BayernSPD zur aktuellen Lage der SPD

Antrag an den SPD-Landesvorstand

Antragsteller: AfA

I. Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage

Die SPD hat bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 eine verheerende Niederlage erlitten. Die Gründe für diese Niederlage sind hausgemacht. Die BayernSPD sieht insbesondere fünf zentrale Gründe:

1. Die SPD hat sich seit 1998 kontinuierlich von ihrer Stammwählerschaft entfernt. Ursache waren falsche Weichenstellungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Zu nennen sind insbesondere,

- die Teilprivatisierung der Altersversorgung durch die Einführung der Riester-Rente verbunden mit massiven Einschränkungen im Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung.
- die Arbeitsmarktreformen, die in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft Furcht vor Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen sozialen Abstieg ausgelöst haben. Viele Arbeitnehmer haben blanke Existenzangst und fühlen sich nach einem langen Arbeitsleben um die Früchte ihrer Arbeit betrogen.
- die Beförderung des Niedriglohnssektors im Gefolge der Arbeitsmarktreformen, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriften ließ.
- die zeitgleiche massive Entlastung der Unternehmen.
- die Ignorierung der volks- und weltwirtschaftlichen Verwerfungen, die durch Liberalisierung, Privatisierung und Umverteilung die Weltwirtschaftskrise wesentlich verursacht haben.

In der Folge hat die SPD in ihren Kernkompetenzen Arbeit und Soziales deutlich an Vertrauen verloren. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitslose haben die SPD nicht mehr als Sachwalterin ihrer zentralen Interessen wahrgenommen. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist seitdem massiv gestört und gerade im mittleren Funktionärsbereich der Gewerkschaften hat die SPD vielfach die Unterstützung verloren. Die Wahlniederlage vom 27. September ist die Quittung für falsche politische Weichenstellungen der SPD in den letzten elf Jahren, insbesondere in der rot-grünen Regierungszeit.

2. Die SPD hatte aufgrund dieser Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem. Viele Menschen haben der SPD den teilweisen Kurswechsel seit dem Hamburger Bundesparteitag nicht abgenommen. Richtige Entscheidungen, wie der konsequente Einsatz für Mindestlöhne, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, eine klare Positionierung zur Regulierung der Leiharbeit, die Durchsetzung einer krisenmildernden Wirtschaftspolitik im Gefolge der Finanzkrise, klare Positionen zur Regulierung der Finanzmärkte wurden in breiten Teilen der Arbeitnehmerschaft von Wut und Ärger über die oben beschriebenen Maßnahmen überlagert. Man hat den Agenda-Politikern den ernsthaften Willen zur Veränderung auf diesen Handlungsfeldern schlicht nicht geglaubt.

3. Das Glaubwürdigkeitsproblem wurde noch dadurch verstärkt, dass der SPD eine reale Machtoption fehlte. Der definitive Ausschluss jeder Zusammenarbeit mit der Linken führte zu einem Wahlkampf für die Junior-Partner-Rolle in der Großen Koalition. Die Alternative einer Ampel-Koalition war unrealistisch und zudem konnte man nicht erklären, wie Politik für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit ausgerechnet mit der FDP umgesetzt werden könnten.

4. Ein strukturelles Problem liegt in der geringer gewordenen Verankerung der Partei in breiten Bevölkerungsschichten. Der ständige Austausch mit Gewerkschaften und Betriebsräten, die Verankerung in Vereinen, in Sport und Kultur, kurz die Vertrauensarbeit vor Ort ist lange keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Ursachen sind sicher vielfältig und regional unterschiedlich.

5. Die SPD hatte in den letzten elf Jahren ein innerparteiliches Defizit an Demokratie und Transparenz. Die Programmdebatte z.B. war in der Breite der Partei nicht verankert. Regierungsbeteiligung erfordert sicher klare Führung. Wesentliche Entscheidungen etwa in der Sozialpolitik wurden aber getroffen, ohne eine ausreichende Diskussion in der Partei auch

nur zuzulassen. Politik ist nie alternativlos.

II. Für eine neue Erzählung der sozialen Demokratie

Die SPD braucht jetzt eine offene und lebendige Debatte über ihre Zukunft in einer grundlegend veränderten Parteienlandschaft. Es muss dabei auch um eine Revitalisierung der SPD als lebendige Mitgliederpartei gehen. Wenn sich die Partei weiterhin den entpolitisierenden Top-Down-Prozessen ergibt, wie wir sie nun seit Jahren kennen („Basta“-Politik), dann wird ihr politisches Innenleben weiter erlahmen und jedwede Strahlkraft und Artikulationsfähigkeit nach außen verloren gehen. Denn unter den Bedingungen einer Top-Down-Politik lohnt Partizipation nicht. Nur eine wirklich und effektiv partizipierende Partei kann den politischen Kitt erzeugen, den es braucht, um als Partei erfolgreich sein zu können. Top-Down-Strukturen sind dagegen der beste Nährboden für eine Erosion der innerparteilichen Bindekräfte und den Übergang zu einem wenig produktiven Einzelkämpfertum. Wir werden den Neuanfang nur schaffen, wenn die Mitglieder auf dem zukünftigen Weg mitgenommen werden. Der Parteivorstand wird aufgefordert, mit den Gliederungen Vorschläge zu erarbeiten, wie die Beteiligungsrechte der Mitglieder wieder gestärkt werden können. Entscheidend wird nun sein, dass sich die SPD inhaltlich wie personell komplett neu aufstellt. Die Sozialdemokratie muss sich wieder auf eine schlüssige und strahlkräftige „Botschaft“ verständigen, um ihr Anliegen einer „gleichen Freiheit“ auf solidarischer Grundlage auf die Höhe der Zeit zu bringen. Mit der Grundphilosophie der Agenda 2010 lässt sich diese Aufgabe nicht bewerkstelligen. Wenn sich die SPD-Eliten nicht davon lösen, steht nicht nur der Charakter als Volkspartei zur Disposition.

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine politisch-programmatische Neuausrichtung der SPD sind im Prinzip so gut wie lange nicht mehr. Denn bereits der Zusammenbruch des „New-Economy“-Booms mit der Folge einer langen wirtschaftlichen Stagnation und einer zunehmenden sozialen Kluft haben massenhaft für Ernüchterung gesorgt: Bis weit in die Reihen der sog. „neuen Arbeitnehmermitte“ hinein ist die Überzeugung gereift, dass sie ohne soziale Rechtsgarantien und verbrieft Ansprüche den enorm gestiegenen Risiken einer entgrenzten, stressüberladenen und konkurrenzfixierten Arbeitswelt schutzlos ausgeliefert wären. Weil das neuliberale Lebensmodell polarisiert und spaltet, konnte sich auch in modernen Arbeitnehmermilieus eine neue Wertschätzung für soziale Sicherheiten entwickeln. Schon der Ausgang der Bundestagswahl 2005 hatte eindrucksvoll belegt, dass rabiante neoliberale „Reformen“ von einer überwiegenden Mehrheit der Deutschen schlicht abgelehnt werden.

Diese neue soziale Sensibilität kann für die Sozialdemokratie der entscheidende Anknüpfungspunkt sein, um für eine zeitgemäße Konzeption sozialer Gerechtigkeit zu werben. Die Aufgabe der SPD besteht darin, den offenkundigen Grundwiderspruch der neoliberalen Modernisierungspolitik offensiv zu artikulieren und Partei zu ergreifen für die sozialstaatlich geprägten Überzeugungen einer Bevölkerungsmehrheit (der Staat als Garant der sozialen Bürgerrechte und der gerechten Verteilung). Es muss einerseits um die offene parteiische Artikulation der sozialen Interessen der Arbeitnehmer und sozial Benachteiligten gehen. Und andererseits verlangt der wirtschaftliche Strukturwandel nach neuen sozialen Gestaltungskonzepten für eine stärker individualisierte Arbeits- und Lebenswelt, die den Risiken entgrenzter Arbeit eine demokratische und auf Kollegialität beruhende Arbeitskultur entgegensetzt. Die Humanisierung der Arbeitswelt bleibt für uns gerade in einer älter werdenden Arbeitsgesellschaft unverzichtbar. Die Aufgabenstellung reicht dabei von der konsequenten Bekämpfung sämtlicher Formen prekärer Beschäftigung über neue demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Standortverlagerungen, Fusionen oder Outsourcing bis hin zur – längst noch nicht vollzogenen – Abkehr von einer Shareholder-Value-Ökonomie der kurzen Frist.

III. Anforderungen der BayernSPD an die Neuausrichtung der deutschen Sozialdemokratie

Ein personeller Neuanfang ist notwendig und richtig. Der Neuanfang kann aber für die SPD nur erfolgreich gestaltet werden, wenn auch eine inhaltliche, strukturelle und strategische

Neuausrichtung eingeleitet wird. Aus Sicht der BayernSPD sind dabei folgende Schwerpunkte zentral:

1. Die SPD muss Kurskorrekturen in den zentralen Politikfeldern der Beschäftigungspolitik und der sozialen Sicherung vornehmen. Insbesondere besteht der Korrekturbedarf bei den Reizthemen „Hartz IV“ und „Rente mit 67“. Hier ist offensichtlich, dass sozialdemokratische Politik an den Sorgen und Nöten der Menschen vorbeiging. Das war und ist nicht ein Problem mangelnder oder falscher Kommunikation.

2. Die massive Exportorientierung der deutschen Wirtschaft bedarf einer ausgewogenen Balance: der Binnenmarkt muss gestärkt werden. Im Mittelpunkt stehen ein besserer Konsum durch produktivitätsorientierte Löhne sowie der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in Bildung und Weiterbildung, in der Forschung und beim Energiesparen sowie bei Gesundheit und Pflege.

3. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. Wir haben eine historisch niedrige Lohnquote erreicht und die Lohnspirale entwickelt sich immer mehr nach unten. Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist spürbar und greifbar. Die Menschen wollen keinen „Nachtwächterstaat“, sie wollen eine Politik, die solidarische, gerechte und humane Bedingungen schafft. Die SPD muss sich für Verteilungsgerechtigkeit durch die Einführung einer Vermögensteuer und eines höheren Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer einsetzen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen vor allem für Bildung und andere öffentliche Zukunftsinvestitionen sowie für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise macht sich die SPD zu Recht für die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer stark, denn die Krisenverursacher müssen auch die Zeche bezahlen. Nur so kann ein von der Breite der Bevölkerung akzeptierter solidarischer Lastenausgleich gewährleistet werden.

4. Die SPD hat nicht erkannt, dass sich insbesondere langjährige Beitragszahler mit der Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende um ihre Lebensleistung betrogen sehen. Deshalb ist eine (zeitlich befristete und möglicherweise nach Lebensjahren zeitlich gestaffelte) Anschlussleistung an das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld notwendig, die den direkten Abstieg in die Grundsicherung verhindert.

5. Die SPD muss Abschied nehmen von der strikten Ausrichtung der Alterssicherungspolitik am Beitragssatzziel. Die gesetzliche Rentenversicherung hat durch die Leistungskürzungen und die Veränderungen der Rentenanpassungsformel in weiten Teilen der jungen und mittleren Generation an Akzeptanz verloren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben von der Deckelung des Beitragssatzes nicht profitiert, denn ihre Beitragsbelastung ist durch die einseitige Verlagerung der Risiken auf die private Vorsorge sogar gestiegen. Die SPD muss sich für eine Resolidarisierung in der Gesetzlichen Rentenversicherung stark machen. Solidarische Alterssicherungspolitik muss sich am Lebensstandard orientieren und Altersarmut ausschließen. Nur eine solidarische Bürgerversicherung mit stark umverteilenden Elementen in Verbindung mit einer Mindestrente wird diesem Anspruch gerecht.

6. Die SPD muss sich für einen Kurswechsel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik einsetzen. Dazu gehört die strikte Orientierung an der Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt phantasieloser Ein-Euro-Jobs wäre ein überfälliger Anfang. Das Prinzip „Fordern und Fördern“ muss im Einklang stehen: die Qualifizierungsmaßnahmen wurden in den letzten Jahren massiv zurückgefahren; hier ist ein Umdenken zwingend erforderlich, weil Qualifizierung der Schlüssel zum Erfolg ist. Die SPD muss sich aber auch für die Schaffung eines echten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der die Integration von Langzeitarbeitslosen mit multiplen Vermittlungshemmnissen mittelfristig in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern soll, einsetzen.

7. Die SPD kann das Konzept der Guten Arbeit nur glaubwürdig vertreten, wenn die Ursachen für schlechte Arbeit klar benannt werden. Die Mindestlohnpolitik ist richtig. Es müssen aber auch die Ursachen für die massive Ausbreitung des Niedriglohnssektors beseitigt werden. Zentrale Ursache war in den letzten Jahren die Zumutbarkeitsregelung im SGB II, nach der jede Arbeit zu noch so geringem Lohn zumutbar ist. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass zumutbare Arbeit an die jeweiligen tariflichen Löhne gebunden wird und Tarif-

treueregelungen insgesamt gefördert werden. Eine unmittelbare Ursache für die steigende Niedriglohnquote ist die Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Hier muss die SPD dafür sorgen, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Mini-Jobs eingedämmt werden.

8. Die SPD muss ihre Politik wieder insbesondere an den Interessen der breiten Arbeitnehmerschaft ausrichten. Die Arbeitnehmerschaft bildet weiter die Basis der SPD und ihrer Mehrheitsfähigkeit. Die SPD ist immer dann stark, wenn ihr in den für uns zentralen Politikbereichen Beschäftigungssicherung und soziale Gerechtigkeit die Kernkompetenz zugesprochen wird. Umgekehrt verliert die SPD ihre Mehrheitsfähigkeit, wenn der Eindruck entsteht, dass sich die Partei von den Interessen der breiten Arbeitnehmerschaft abkoppelt. Angesichts steigender Arbeitsbelastung müssen bewährte sozialdemokratische Konzepte wie z.B. Humanisierung der Arbeit, Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsprävention wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

9. Unbegrenzte unternehmerische Entscheidungsfreiheit im europäischen Standortwettbewerb bringt schwerwiegende gesellschaftliche und soziale Folgen mit sich: an kurzfristige Renditen orientierte Betriebsschließungen und Standortverlagerungen haben Massenentlassungen zur Folge. Die SPD muss sich für eine stärkere Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen. Mitbestimmung ist ein Standortvorteil: sie erhöht Motivation und Produktivität der Mitarbeiter und trägt wesentlich zum nachhaltigen, wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen bei. Volkswirtschaften profitieren von der Unternehmensmitbestimmung: Unternehmen mit ausgedehnter Mitbestimmung weisen eine gerechtere Einkommensverteilung auf, besitzen eine gute wirtschaftliche Attraktivität, verfügen über eine starke Weltmarktposition und der soziale Frieden ist weitestgehend sichergestellt. Die SPD muss sich für den Ausbau der Gestaltungs- und der Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark machen. Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung müssen Entscheidungen zu Standortverlagerungen als zustimmungsbedürftiges Geschäft, das eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat erfordert, verbindlich für alle Kapitalgesellschaften geregelt werden.

10. Weitere Privatisierungen von öffentlichen Beteiligungen an Unternehmen wie der Deutschen Post inklusive Postbank, der Deutschen Telekom sowie der Deutschen Bahn sind zu stoppen. Dies gilt auch für Unternehmen und Unternehmensanteile von Ländern und Kommunen sowie sämtliche Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Stadtwerke, Krankenhäuser und Sparkassen.

11. Alle Private-Public-Partnership-Verträge auf allen staatlichen Ebenen sind einer sofortigen Überprüfung auf ihre sämtlichen Risiken hin zu unterziehen. Noch nicht abgeschlossene und neue Verträge sind sofort zu stoppen und mit einem Moratorium zu versehen.

12. Die SPD muss sich für einen sofortigen Strategiewechsel in der Afghanistan-Politik einsetzen. Die bisherige Strategie kann nicht zum Erfolg führen. Die Kampfeinsätze ziehen immer mehr zivile Opfer nach sich. Die dortigen Sicherheitskräfte müssen schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, selbst für Sicherheit im Land zu sorgen. Es ist höchste Zeit, eine konkrete Ausstiegsperspektive zu entwickeln. In spätestens zwei Jahren muss der Truppenabzug abgeschlossen sein.

13. Nur auf diesen Grundlagen wird für breite Wählerschichten die Vertrauensbasis gegenüber der Sozialdemokratie hergestellt, die notwendig ist, um überhaupt mit den vielen guten Angeboten unserer Programmatik durchzudringen, die ohne Zweifel im Regierungsprogramm und im Deutschlandplan gegeben sind.

14. Unabdingbar ist dabei die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf allen Gliederungsebenen. Der Gewerkschaftsrat muss politisch aufgewertet werden. Eine zusätzliche Regionalisierung des Gewerkschaftsrates schafft die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der SPD mit den Gewerkschaften auch auf den verschiedenen Gliederungsebenen.

15. Die SPD wird nur dann glaubwürdig vermitteln, dass sie bereit ist, ihre Ziele in reale Politik umzusetzen, wenn sie sich auch reale Regierungsoptionen erschließt. Dazu ist die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag Voraussetzung.